Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/5269

28. 09. 89

Sachgebiet 931

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr (14. Ausschuß)

zu dem Antrag der Abgeordneten Weiss (München) Kreuzeder und der Fraktion DIE GRÜNEN
— Drucksache 11/3973 —

Ausbau der Bundesbahnstrecke München–Mühldorf–Freilassing

A. Problem

Nach dem Antrag soll die Bundesregierung dazu aufgefordert werden, auf einen raschen Ausbau der Bundesbahnstrecke München–Mühldorf–Freilassing hinzuwirken und die entsprechenden Finanzmittel bereitzustellen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrages, weil die laufende Wirtschaftlichkeitsuntersuchung noch nicht abgeschlossen ist.

Mehrheitsentscheidung gegen SPD und GRÜNE

C. Alternativen

Die Fraktion DIE GRÜNEN besteht auf unveränderter Annahme des Antrages.

D. Kosten

entfallen bei Ablehnung.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag in Drucksache 11/3973 abzulehnen.

Bonn, den 14. September 1989

Der Ausschuß für Verkehr

Dr. Jobst	**Bamberg**
Vorsitzender	Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Bamberg

Der Antrag in Drucksache 11/3973 wurde in der 125. Sitzung des Deutschen Bundestages am 16. Februar 1989 dem Ausschuß für Verkehr federführend sowie dem Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau und dem Haushaltsausschuß zur Mitberatung überwiesen.

Der Verkehrsausschuß hat die Vorlage in seiner Sitzung am 14. September 1989 behandelt.

I. Ziele und Inhalt des Antrages

Der Ausbau der Bundesbahnstrecke München–Mühldorf–Freilassing ist im Bundesverkehrswegeplan 1985 mit einem Aufwand von 630 Mio. DM (Preisstand 1983) als vordringlicher Bedarf eingestuft worden. Diese Einstufung ist jedoch verbunden mit dem Vorbehalt eines ausreichenden Wirtschaftlichkeitsnachweises unter Berücksichtigung der Netzwirkung.

Ziel des vorliegenden Antrages ist es, die Bundesregierung zu einer baldigen Realisierung der Ausbaumaßnahme zu veranlassen.

II. Verlauf der Ausschußberatungen

1. Die Vertreter der Fraktion der CDU/CSU und der Fraktion der FDP haben sich für Ablehnung des Antrages zum jetzigen Zeitpunkt ausgesprochen. Sie verweisen darauf, daß die Ergebnisse der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung erst zum Ende dieses Jahres vorgelegt werden könnten. Es bestehe hier auch ein Zusammenhang mit der Anbindung des Flughafens München II an das Schienennetz der Deutschen Bundesbahn, die ebenfalls in die Überlegungen einbezogen werden müsse. Es sei sachgerecht und notwendig, die Ergebnisse dieser laufenden Untersuchungen in die endgültige Entscheidung einzubeziehen.
2. Vertreter der Fraktion DIE GRÜNEN bestanden auf einer unverzüglichen Sachentscheidung. Die Engpässe im alpenquerenden Schienenverkehr würden zur Zeit auf österreichischem Gebiet (Hall/Innsbruck) durch Tunnelbau beseitigt, jedoch könnten die höheren Kapazitäten nur dann voll genutzt werden, wenn zeitgleich auch die Engpässe im Zulaufverkehr ausgeräumt würden.
3. Die Vertreter der Fraktion der SPD haben dem Antrag zugestimmt mit der Maßgabe, daß sie in der Begründung die Nummer 4 (Verzicht auf den Bau der Autobahn A 94 im Isental) nicht mittragen könnten.

III. Mitberatende Stellungnahmen, Beschlußempfehlung

1. Der mitberatende Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau sowie der Haushaltsausschuß haben den Antrag abgelehnt.
2. Der federführende Ausschuß für Verkehr hat sich dieser Empfehlung angeschlossen und schlägt mit Stimmenmehrheit ebenfalls Ablehnung vor.

Bonn, den 14. September 1989

Bamberg

Berichterstatter



Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon 02 28/36 35 51, Telefax 02 28/36 12 75
ISSN 0722-8333